



Zum Abschuss freigegeben?

Tagebuch zur Theaterschließungsdebatte
in Rostock – und zur aktuellen Situation

Fotos (2): nordlicht

Peter Spuhler

Ende Januar schockierte die Nachricht, dass die Hansestadt Rostock, die einzige Großstadt Mecklenburg-Vorpommerns, erwägt, ihr traditionsreiches Vierspartenhaus zu schließen. Die Nachricht löste einen in Deutschland noch nicht gekannten Widerstand aus: Wir, die Mitarbeiter des Theaters, organisierten uns und sammelten binnen kürzester Zeit fast 70 000 Unterschriften zum Erhalt der Institution mit allen Sparten. Diese breite Unterstützung der Bevölkerung zusammen mit unseren vielfältigen Ideen bewegten die Stadt schließlich zur vorläufigen Aufgabe ihres Plans. Inzwischen „verwirren“ sich die Verhältnisse wieder. **27/28.1.01** Eine Pressemeldung wird fast übersehen: „Sparwille reicht bis zur

Aufgabe des Theaters“. Die Einnahmen der Hansestadt Rostock decken nicht mehr die Ausgaben, weiß der Finanzsenator. Ein Defizit von 240 Millionen Mark bis zum Jahr 2004 droht – und mit ihm Zwangsverwaltung und Investitionsstop. Das hatte sich der Oberbürgermeister ganz anders vorgestellt, als er vor Jahren drei repräsentative Großprojekte ansah, darunter die erste „Weltausstellung in den neuen Bundesländern“ (O-Ton OB). Zeitgleich mit der Zeitungsveröffentlichung erreicht uns ein Papier der „Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung“ der Stadtverwaltung. Eine *Variante 3* in diesem Papier sieht die „Beendigung des gesamten Spielbetriebes des Volkstheaters Rostock“ vor. *Variante 2* ist nur unwesentlich besser. „Nur“ das Musik- und Tanztheater sowie die neue, interessante Spielstätte des Schauspiels sollen

geschlossen werden, Schauspiel und Orchester würden im Großes Haus (dieses wird als nicht mehr renovierungsfähig eingestuft) weitermachen: eine Schließung auf Raten. Einzig *Variante 1* stellt nach Meinung des Intendanten einen gangbaren, auf sozialverträgliche, langfristige Verschonung von Chor und Orchester angelegten Vorschlag dar, der zwar den geringsten, aber den Finanzsenator dennoch zufriedenstellenden Spareffekt erzielen würde. An der Erarbeitung dieser Variante war der Intendant beteiligt, von den beiden anderen erfährt er nichts. Warum? Bereits die Sprache ist verräterisch: die Variante 3 sei „die radikalste, aber erfolversprechender bezogen auf die Lösung des Gesamtproblems.“ Des Gesamtproblems – des Theaters? Der Stadt? Verfrüht ist dies in die Öffentlichkeit gelangt. Unser Glück?

Der nächste Tag vergeht mit Beratungen. Am Dienstag informiert der Intendant in einer Vollversammlung die Beschäftigten: Der Grund der verweigerten Vertragsverhandlungen, die ihn im Vormonat zum Verzicht auf eine Vertragsverlängerung veranlasst hatten, sei nun offenbar geworden. Er wird sich den Initiativen der Belegschaft zu Widerstandsaktionen nicht in den Weg stellen. Direkt im Anschluss kommt es zu einem Treffen von Vertretern des künstlerischen und nichtkünstlerischen Bereichs. In den nächsten Wochen werden wir regelmäßig – in Form eines jour fixe – zusammenkommen und die Protestaktionen organisieren. Das Gremium besteht bis heute fort als basisdemokratische Errungenschaft. Die Zeit drängt: bereits am Mittwoch tagt die Bürgerschaft. Zeitgleich

erscheint in der örtlichen Presse der erste von vielen ganzseitigen Beiträgen zum Thema. Weit über 100 Veröffentlichungen sollen es in den nächsten Wochen werden.

31.1. Das Volkstheater wehrt sich. Vorm Sitzungssaal der Bürgerschaft geben wir uns „zum Abschuss“ frei. Die Fotos der Aktion – Künstler und Nicht-Künstler mit angehefteten Schießscheiben, dazu ein „Schießstand“ – gehen durch die Medien, inzwischen auch überregional. Einer der Besucher der Sitzung greift zur Waffe und „erschießt“ eine Mitarbeiterin der Verwaltung. Wir verteilen erste Unterschriftenlisten. Die Abgeordneten geben sich überrascht und verärgert. O-Ton: „Na, dazu habt ihr Zeit ...“. Noch kann sich keiner von ihnen vorstellen, wie das Volkstheater in der Folge zu einem Ventil für den Ärger der Bürger in der Hansestadt werden wird.

1. 2. Nach ersten Stellungnahmen von verdienten Bürgern der Hansestadt und einer einsetzenden Flut von Leserbriefen verkünden die Stadt-„Regierungs“-Fraktionen von SPD und PDS: „Keine Schließung!“ Dafür gibt es diffuse Einzelideen: Theaterfusion, Stagione-Prinzip, Programme einkaufen usw. Wie aber konnten die Schließungspläne ohne Rücksprache mit den entscheidenden Parteien entwickelt werden? Irriges Vorgehen eines Einzeltäters, des Finanzsenators? Denn, wie man die Öffentlichkeit glauben machen will, wusste auch der Oberbürgermeister – er weilt zu diesem Zeitpunkt in den Ferien – nichts von dem Vorhaben.

Kohlhaas' Nachkommen

Die Bevölkerung kann das genauso wenig glauben wie wir. In den Folgetagen steht mein Telefon im Volkstheater nicht mehr still. Bürger bestellen Unterschriftenlisten, äußern ihren Unmut. Hunderte von Listen werden vom Volkstheater abgeholt und verteilt. Und wir faxen die Listen an viele andere Theater. Auch das Orchester schließt sich dem Protest an. Inzwischen kennen wir den gesamten Sparplan der Stadt: das Volkstheater soll darin für ein Viertel des Sparvolumens erhalten. Und noch immer fehlen Einsparideen von mehr als 100 Millionen!

2. 2. Premiere von Kleists „Michael Kohlhaas“ – Kämpfer gegen die Willkür von Obrigkeit und Verwaltung. Als wir uns vor einem Jahr dafür entschieden, konnte wir nicht ahnen, wie aktuell der Text werden würde. Noch vor Ende der

Vorstellung betritt der Regisseur die Bühne und verliert in großer Erregung den Text der *Variante 3*, und der Chor endet mit: „... vom Kohlhaas haben im Mecklenburgischen einige frohe und rüstige Nachkommen gelebt.“ *Standing Ovations*. Doch nicht allein durch die Schließungsdebatte beweisen die Rostocker ihr Interesse am Volkstheater. Inzwischen liegen die Zuschauerzahlen der ersten Hälfte der Spielzeit vor: zehn Prozent mehr Besucher, zehn Prozent bessere Platzausnutzung, 20 Prozent mehr Einnahmen!

Iffi und Heiko greifen ein

Von diesem Tag an hängen wir die Veröffentlichungen und Leserbriefe aus. Der erste einer Reihe von Fernsehbeiträgen erscheint – und die „Lindenstraße“ meldet sich bei uns. Hilfe wird angeboten: die Schließung soll per kurzfristiger Aktualisierung in die nächste Folge eingebaut werden. Denn „Iffi“ und „Heiko haben sich „am Volkstheater“ kennengelernt. Ein Nachdreh in nur vier Tagen? Die Nachricht schlägt ein wie eine Bombe. Ob sich die Hansestadt und ihr Oberbürgermeister bundesweit blamieren wolle, will die Opposition im Schweriner Landtag wissen. Die Ausstrahlung der Fernsehserienfolge könne für das Image der Stadt und des Landes ungeahnte Folgen haben. Die Folge wird ausgestrahlt.

Am Tag darauf meldet sich, erstmals, der Oberbürgermeister zu Wort: Eine Schließung komme nicht mehr in Frage, eine Expertenkommission solle jetzt das Volkstheater „retten“. Wir hören, beim Sender würde interveniert, die Aktualisierung herauszunehmen.

11. 2. Wir sitzen vor dem Fernseher in der Kantine. Jetzt? Jetzt! Heiko: „Sag mal, hast Du gehört, dass sie das Theater in Rostock schließen wollen? Die Stadt hat keine Kohle mehr und das Theater soll jetzt dran glauben. Das ist echt das Letzte! Wir müssen irgendetwas machen!“ – Iffi: „Ja, ich habe es gehört, und ich find's wirklich scheiße!“ In der „Bunten“ wird vier Wochen später ein Artikel erscheinen: „Drehbuch geändert – Theater gerettet“. Bewirkt eine deutsche Vorabendserie mehr als 10 000 Unterschriften?

„Der Protest kennt keine Grenze mehr.“ 2 000 Unterschriften kommen jetzt täglich bei uns an, beim Pförtner, per Fax oder Brief. Beim Konzert „Rock gegen rechts“ unterschreiben Nina Hagen, Nena, Ingo Appelt, Rolf Stahlhofen, Xavier Naidoo und viele andere. Und als Ingo Appelt vor

5000 Menschen in der Stadthalle ruft: „Seid ihr der Meinung, dass das Volkstheater nicht geschlossen werden darf?!“, jubeln die Anwesenden. Später wird sich auch Udo Jürgens in einem markanten Brief dem Protest anschließen.

Der Oberbürgermeister ist verärgert, weil jetzt klare Haltungen gefordert sind. In weniger als einem Jahr ist Oberbürgermeisterwahl, der Vorwahlkampf hat begonnen. Nein, er wolle die Theaterschließung nicht. Nicht mehr? Nie? Der Fraktionsvorsitzende der SPD leistet



Mehr Unterschriften als Wähler? Rostocks Oberbürgermeister Arno Pöker bei der Übergabe der Unterschriften-Listen des Volkstheaters.

unerbetene Schützenhilfe: Der OB sei von den Plänen des Finanzsenators überrascht worden und habe nicht verhindern können, daß ein „unabgestimmter, unausgereifter Entwurf“ veröffentlicht wurde. Die CDU wiederum empört sich über die Vorwürfe gegen „ihren“ Senator. Der Oberbürgermeister stellt klar, er habe von den Plänen gewusst und brüskiert damit seinen Fraktionsvorsitzenden. Ist es der OB selbst, der die Varianten 2 und 3 in Auftrag gab? „Versuche, den Oberbürgermeister aus der Verantwortung herauszuhalten, entpuppten sich als jämmerliche

Lügen.“, so die deutlichen Worte eines wichtigen örtlichen Kritikers. Inzwischen sind 25 000 Unterschriften zusammengekommen. Wie das möglich ist? Durch die Eigeninitiative der Bürger. Vor allem der Ärzte- und Apothekerverband beteiligen sich aktiv an der Sammlung – und auch die Taxifahrerinnung macht mit. Auf Initiative des Theaters kommt es zur Gründung eines Bündnisses gegen Sozial- und Kulturabbau. Dieses Bündnis wird im Folgenden eine wichtige Rolle spielen.

25. 2. 35 000 Unterschriften. Heute ist eine große öffentliche Diskussion über die Zukunft des Volkstheaters angesetzt. Der OB, der Finanzsenator, die Vorsitzende des Kulturausschusses, der Intendant, der Verwaltungsdirektor und der Verfasser dieses Tagebuchs als Vertreter der Initiativgruppe sind gebeten. Bei der Debatte meldet sich erstmals der Kandidat für den verwaisten Posten des Kultursenators zu Wort. Ein Buhkonzert und die flammende Ansprache eines angesehenen Bürgers sind die Folge seiner wenig kompetenten Äußerungen. Das Bündnis fordert in den nächsten Tagen den Rücktritt des Kandidaten, die öffentliche Ausschreibung des Senatorenpostens und dessen umgehende, fachkompetente Besetzung. Es braucht vier Tage, dann wird der Bewerber zurückgezogen. Das Bündnis erreicht damit einen ersten basisdemokratischen Erfolg. Die Zahl der Unterschriften beträgt jetzt 45 000.

Der Theatervulkan

1. 3. Das Volkstheater veranstaltet ein Fest: „Theatervulkan“. Ein Dankeschön für die Bürger der Hansestadt und ihre Besucher. Das Theater boomt vom Nachmittag bis weit in die Nacht hinein. Ich denke, das Fest wird auch zum Symbol für die sich verbessernde Stimmung im Haus, ist es doch vollständig in Eigeninitiative vieler Mitarbeiter entstanden. Lange nicht mehr hat sich das von Leitungswechseln und Krisen geschüttelte Theater so „einig“ gefühlt.

100 Theater haben inzwischen mit Listen und Briefen auf die Debatte in Rostock reagiert. Der Kulturausschuss sucht einen Kulturamtskandidaten für das ebenfalls verwaiste Kulturamt, der „mit der Faust auf den Tisch haut.“ Die PDS sucht einen Senatorenkandidaten. Der Leiter der Expertenkommission sucht nach Experten. Diese sollen dann – ja, was? – eine Lösung suchen. Doch wie kann diese Lösung aussehen? Bald wird auch ein Intendant zu suchen sein, denn Dr. Mich-

ael W. Schlichts Vertrag endet im Sommer 2002. Inzwischen bewerben sich erste Intendantenkandidaten – jetzt, in ungeklärten strukturellen Verhältnissen. Und natürlich arbeitet auch der OB an einer Lösung.

67 000 Unterschriften

27. 3. 67 000 Unterschriften. Der Welttheatertag wird zum Tag der Übergabe der umfangreichen Ordner. In der aktuellen Botschaft des Internationalen Theaterinstitutes schreibt der griechische Dramatiker Jakobos Kampanellis: „Ich glaube, dass Theater niemals aufhören wird zu existieren. Ich denke ... dass diese uralte Kunst auch eine Kunst der Zukunft ist. Nicht, weil die Theaterschaffenden und alle die anderen, die zu einer Aufführung beitragen, dies so wollen, sondern weil Sie, das Publikum, wollen, dass Theater auch künftig existiert.“ Und weil wir das Kostbarste übergeben, über das wir verfügen, ist das Panzerfahrzeug einer Wachgesellschaft das richtige Transportmittel. Unser Umzug durch die Stadt erregt Aufmerksamkeit. Der Oberbürgermeister verspricht, die Listen in seinem „aktenfreien“ Büro als einziges aufzubewahren, bis die Theaterkrise beendet ist. Was wird bleiben: die Akten im Büro, die Theaterkrise oder der Oberbürgermeister? Jeder der sechzig Luftballons, die wir auf dem Rathausplatz steigen lassen, steht für mehr als 1000 Unterschriften. Ein Zahlenvergleich ist interessant: die aktuelle Bürgerschaft wurde von 65 357 Wählern gewählt ... Natürlich, wir wissen: Viele von denen, die unterschrieben haben, gehen nicht ins Theater. Dennoch können sich viele ihre Stadt nicht ohne ein Theater mit eigenem Musiktheater, eigenem Tanztheater, eigenem Schauspiel und eigenem Orchester vorstellen.

4. 4. Sind jetzt die Schließungspläne also endgültig vom Tisch? Wird die Haltung der Bürger respektiert? Wer das gehofft hat, wird wenige Tage später eines Besseren belehrt: Die Schließungsvarianten sind noch immer Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes, das am 4. 4. von der Bürgerschaft beschlossen werden soll. 67 Tage und 67 000 Unterschriften nach der ersten Erwähnung der fatalen Idee – und nichts passiert? Keinem der Abgeordneten will dieser Umstand aufgefallen sein, keiner hat sich wirklich gekümmert. Ist die Verwaltung nachlässig gewesen, hat sie es einfach vergessen? Oder... Nach diversen Telefonaten wird quasi in letzter Minute ein Änderungsantrag eingebracht. Am Abend ist es dann so weit: Die Schließungsvarianten werden

aus dem Haushaltssicherungskonzept entfernt. Nach 67 Tagen und 67 000 Unterschriften.

Zeitgleich verabschieden die Abgeordneten allerdings eine Finanzierungsvorgabe, deren Auswirkung vielen von ihnen vermutlich zu diesem Zeitpunkt nicht klar ist: Der Kostenanteil der Stadt soll nach Auslaufen des derzeitigen Intendantenvertrags von derzeit 16,7 auf 15,1 Millionen Mark abgesenkt und – zunächst – auf diesem Niveau festgeschrieben werden. Rechnet man zu dieser Sparvorgabe von 1,6 Millionen die Tarifsteigerungen der Jahre 2002/03/04 dazu, ergibt sich eine Reduzierung von insgesamt 4,5 Millionen! Wie ist dieses Ziel anders zu erreichen als mit Entlassungen? Wieviele müssen es sein: 30? 50?

Das Volkstheater und der Ruf der Stadt Rostock bleiben in fataler Weise beschädigt zurück. Dies ist um so bedauerlicher, als die Jahre der Intendanz Schlicht von offensichtlichen Erfolgen geprägt sind: Das Musiktheater hat mit vielen zeitgemäßen Inszenierungen und dem EXPO-Erfolg der deutschsprachigen Erstaufführung von „Der Meister und Margarita“ auf sich aufmerksam gemacht, ebenso das Schauspiel mit zahlreichen Uraufführungen, ideenreichen Eigenentwicklungen, einer ambitionierten Lesereihe mit jungen Autoren, die für andere Theater inzwischen Vorbild ist, und nicht zuletzt durch die feste Bindung des jungen Dramatikers Daniel Call als Regisseur und Autor an das Haus. Das Tanztheater hat unter seinem charismatischen Leiter Tomasz Kajdanski einen deutlichen Publikumszuwachs erlebt und wird überregional geschätzt; gerade kommt es von einer vielgelobten Koproduktion mit dem Prinzregententheater in München zurück. Ein Kinder- und Jugendtheaterbereich ist auf- und ausgebaut und eine umfangreiche Sommerbespielung eingeführt worden. All diese Initiativen führen zur besten Auslastung nach der Wende, zu deutlichen Besucherzuwächsen und Einnahmesteigerungen. Von den Verantwortlichen der Stadt werden diese Verbesserungen jedoch ignoriert, da sie keine Lösung der offensichtlichen Finanzierungsprobleme darstellen.

Und jetzt?

Vielmehr: die Intendanz wird nicht ausgeschrieben. Der Wunsch des Personalrates, mehrfach brieflich an den OB gerichtet und inzwischen mit 150 Unterschriften der Beschäftigten untermauert, bleibt ungehört. Eine Zusicherung der Vorsit-

zenden des Kulturausschusses wird wieder revidiert. Der Oberbürgermeister dominiert das Verfahren: Ein privates Unternehmen wird als „Headhunter“ beauftragt, unter denen, die sich während der laufenden Schließungsdebatte beworben haben – deren Seriosität deshalb angezweifelt werden darf –, und eigenen Vorschlägen eine Vorschlagsliste zu erstellen. In kürzester Zeit sollen, die Oktober-Nichtverlängerungen im Blick, Nägel mit Köpfen gemacht werden. Die Verantwortlichen sind froh, ihre Verantwortung delegieren zu können. Die Nacht- und Nebelaktion – zeitgleich mit den Personalratswahlen – ruft den Protest der Betroffenen wach, die Treffen der Initiativgruppe beginnen wieder, und auch das Bündnis meldet sich zu Wort. Intendantennamen finden den Weg in die Öffentlichkeit (und mit ihnen zusammen anonyme Informationen gegen den einen oder anderen Kandidaten), ein Kriterienkatalog zur Intendantenauswahl jedoch nicht. „Exzellente Kandidaten“, meint der OB. Das hilft nicht weiter: Was heißt hier gut? Warum gut? Gut für wen? Welche Vorschläge haben die Kandidaten zur Lösung des Finanzierungsproblems in ihrer Bewerbung gemacht? Wir erfahren es nicht. Offiziell ist ein Dreieivorschlag auf dem Tisch, letztendlich handelt es sich offensichtlich nur um einen Kandidaten.

Die Verfahrensweise ist in vielfacher Hinsicht fragwürdig. Sie ist an Vielfalt nicht interessiert, sie ist nicht dazu angetan, Stabilität und Vertrauen zu erzeugen, und sie widerspricht dem Einsatz der Expertenkommission, die noch im Februar vom OB als „ultima ratio“ zur Lösung ins Leben gerufen wurde. Offen ist jetzt, welche bindende Kraft man den Vorschlägen der Kommission beimisst. Werden sie durch die Vorgehensweise obsolet? Als Reaktion auf die Vorgänge haben die Experten ihre Arbeitszeit verkürzt. Es bleibt ihnen ja auch nichts anderes übrig, wenn ihre wichtigen Hinweise noch von Wert sein sollen. Die Tatsache, dass hier Fachleute ohne Eigeninteresse zusammenkommen, um sich ein objektives Bild zu machen, bietet eine gewisse Sicherheit in bezug auf die Neutralität der Entscheidung. Eine Objektivität, die ein Intendantbewerber nicht hat. Aber was wird jetzt aus den Ergebnissen? Wird der neue Intendant auf sie verpflichtet? Welcher Intendant lässt das mit sich machen? Oder werden sie ihm nur nahegelegt? Oder weggelegt? Oder akzeptiert man gar die Konzeption eines Bewerbers anstelle der Empfehlung der Experten? Der neue Intendant, wer auch immer es sein wird, wird es nach diesen Vorgängen schwer haben. Inzwischen ist eine neue, interes-



Foto: Iko Freese

Peter Spuhler, der Verfasser dieses Tagebuchs, ist Leitender Dramaturg für Schauspiel und geschäftsführender Dramaturg am Volkstheater Rostock. Ab der Spielzeit 2002/2003 ist er designierter Intendant des Landestheaters Tübingen. Spuhler begründete das Forum junge Dramaturgie (www.forum-dramaturgie.de) mit und ist Vorstandsmitglied der Dramaturgischen Gesellschaft. Als Mitglied der „Strukturreformkommission Volkstheater“ des Kulturausschusses der Hansestadt hat er sich mit der Zukunftsorientierung des Volkstheaters beschäftigt und organisierte zuletzt die Aktionen der Belegschaft gegen die Schließung.

sante Kultursenatorin gewählt: Auch sie wird sich in das Verfahren einbringen wollen. Ausgang völlig offen.

Die scharfen Denker

Die Vorgänge in Rostock stehen, in ihrer Rigorosität zwar einzigartig, nur stellvertretend für den Verfall einer ehemals vielfältigen Theaterlandschaft. Sie offenbaren die immense Hilflosigkeit der Politiker, wie mit diesem bedeutenden Erbe der größten Theaterdichte der Welt in Zeiten knapper Kassen umzugehen ist. Neu ist dabei die Radikalität, mit der der Wert von Theater an sich in Frage gestellt wird, der immense Rechtfertigungsdruck, der auf die Institutionen ausgeübt wird. In fast jeder Diskussion, die wir in diesen Tagen führen, wird – mehr oder weniger verschämt: „wenn ich ausnahmsweise einmal radikal denken darf...“ – Theater insgesamt als nicht mehr zeitgemäß in Frage gestellt. Die, die dies tun, fordern damit Antworten heraus, warum das nicht so ist. Und die Ereignisse im Osten nehmen nur eine voraussehbare Entwicklung im Westen vorweg. Die Krise des Theaters besteht, seit und solange es Theater gibt. Die Krise dieser weltweit einzigartigen Errungenschaft der deutschen Kulturlandschaft, des deutschen Mehrsparten-Stadttheaters, in diesem Umfang ist neu.

